

**Bundesvorstand
Referat Öffentlichkeitsarbeit**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Postfach 040609 10063 Berlin

Frau und Herrn
Beate und Jörg Bodendorf
Am Laubgrund 2

21354 Bleckede

Donate Hochstein

Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Telefon: 030-28442 127
Telefax: 030-28442 327
E-Mail: pr@gruene.de
Internet: www.gruene.de
Bahnverbindung:
U6 bis Zinnowitzer Str. oder
S-Bahn bis Lehrter Stadtbahnhof

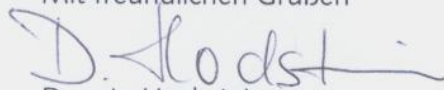
11. August 2005

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Bodendorf,
sehr geehrter Herr Bodendorf,

herzlichen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Im Auftrag des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sende ich Ihnen in der Anlage unsere Antworten auf Ihre Fragen.

Mit freundlichen Grüßen


Donate Hochstein

Forderungen

1. **Vollfinanzierung von 4 Versuchen für Kinderwunschbehandlungen**
2. **Alternativ Änderung der 50% Selbstbeteiligung in eine angemessene bzw. einkommensabhängige Eigenbeteiligung oder Anerkennung als Zuzahlung unter der 2% Belastungsgrenze**
3. **Gesetzliche Anerkennung der Sterilität als Krankheit der WHO**
4. **Änderung der starren Altersgrenzen in eine Indikationsregelung**

Antwort auf Punkte 1-4:

Die neuen Regelungen zur Finanzierung der künstlichen Befruchtung sind das Ergebnis eines Kompromisses zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU, zu dem wir weiterhin stehen und keinen Änderungsbedarf sehen.

Dabei war uns die belastende Situation der Betroffenen stets bewusst. In dem Gesamtkonzept zur Gesundheitsreform tragen die von kranken Menschen zu leistenden Zuzahlungen sowie Leistungsausgliederungen einen wesentlichen Teil dazu bei, weitere Beitragsanhebungen zu verhindern. So werden etwa Brillen und rezeptfreie Medikamente im Grundsatz gar nicht mehr erstattet. Mit dem gefundenen Kompromiss zur Teilfinanzierung der IVF (Übernahme von 50% der Kosten, drei statt vier Versuche, Einführung von Altersgrenzen nach unten und oben) wird den Beteiligten mehr Eigenverantwortung abverlangt, jedoch die Leistung nicht gänzlich gestrichen. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diese Entscheidung der Vielschichtigkeit der mit der künstlichen Befruchtung zusammenhängenden Diskussionen gerecht.

5. **Abschaffung der Benachteiligung Unverheirateter**

Antwort:

Diese Forderung teilen wir. Im grünen Wahlprogramm 2005 finden Sie die Formulierung: Das Selbstbestimmungsrecht heißt für uns aber auch, bei der Finanzierung der Fortpflanzungsmedizin nicht zwischen verheirateten und unverheirateten Frauen zu unterscheiden.

6. **Abschaffung der Benachteiligung von Paaren, die auf Fremdsamenspenden (heterologe Befruchtungen) angewiesen sind**
7. **Einführung klarer gesetzlicher Regelungen für heterologe Befruchtungen, die den Interessen des Kindes, der Eltern und des Samenspenders gleichermaßen Rechnung tragen, z.B. nach dem Vorbild der Schweiz oder Österreichs**

Antwort auf Punkte 6 und 7:

Im Zusammenhang der heterologen Insemination sehen wir gesetzlichen Handlungsbedarf. Zu Zeiten von Andrea Fischer als Gesundheitsministerin wurde an einem Fortpflanzungsmedizingesetz gearbeitet, das eine Dokumentation der Daten von Spermaspendern vorgesehen hätte. Damit wäre eine anonyme Spende unmöglich und das Recht des Kindes auf Kenntnis der Abstammung gewährt. Geregelt werden sollten dabei auch Fragen des Unterhalts-, Erbschafts- und Abstammungsrechts zwischen den direkt oder indirekt beteiligten Personen (Arzt/Ärztin, Eltern, Kind, Samenspender).

8. **Änderungen im Embryonenschutzgesetz:**
 - a. **Zulassung der Weiterkultivierung von mehr als drei Embryonen und Auswahl des Embryos, der nach morphologischer Beobachtung die besten Chancen**

hat, um eine Verbesserung der Geburtenraten und Reduzierung der Mehrlingsschwangerschaften zu erreichen

- b. Eingeschränkte Zulassung der PID in Fällen schwerer genetischer Vorbelastung der Eltern oder aus vergleichbaren medizinisch wichtigen Gründen**
- c. Zulassung der Eizellspende und Embryonenspende mit klaren gesetzlichen Regelungen analog Punkt 7**

Antwort:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen eine Veränderung des Embryonenschutzgesetzes aus. Mehrlingsschwangerschaften werden bereits heute in der IVF-Praxis vermieden, indem nicht drei, sondern nur zwei Embryonen übertragen werden. Dafür ist eine gesetzliche Änderung nicht notwendig. Wir befürworten weder eine morphologische noch eine Embryoauswahl über PID. Wissenschaftlich ist sehr umstritten, ob eine morphologische Auswahl unter mehreren Embryonen wirklich die Erfolgsquote einer IVF verbessern kann. Auch die Zulassung der Eizellspende lehnen wir wegen des hohen Missbrauchspotenzials und der körperlichen Risiken für Frauen ab. Eine Eizell- oder Embryonenspende ist völlig anders als eine Samenspende zu bewerten. Eine Samenspende ist ohne körperliche Eingriffe möglich. Die Eizell- und Embryonenspende setzt eine Hormonbehandlung mit entsprechenden Gesundheitsrisiken voraus. Grundsätzlich muss bei der Frage der Eizellspende der Grundsatz des Nichtschadens beachtet werden. Das Prinzip des Nichtschadens gilt als einer der Grundpfeiler der ärztlichen Ethik und hat als solcher bereits Eingang in den Eid des Hippokrates gefunden (primum nihil nocere).

9. Lockerung der Restriktionen für ethisch und medizinisch sinnvolle Projekte der Stammzellenforschung

Antwort:

Ethisch unstrittig ist der hohe Wert, der einem medizinischen Fortschritt und einer möglichen Therapie zukommt. Darum erlaubt das von einer großen parlamentarischen Mehrheit beschlossene Stammzellgesetz auch die Grundlagenforschung mit embryonalen Stammzellen. Es gibt keinen Grund, es zu verändern. Sogar in aktuellen Ausgaben von Fachzeitschriften wie Lancet wird derzeit vor einem ungerechtfertigten Stammzell-Hype ausdrücklich gewarnt. Stammzellforschung wird noch auf sehr lange Zeit Grundlagenforschung bleiben. Schon allein wegen des hohen Infektions- und Krebsrisikos verbieten sich Experimente mit embryonalen Stammzellen am Menschen. Experten warnen vor einer Anwendung oder Therapie mit embryonalen Stammzellen – und zwar weltweit, nicht nur in Deutschland. Die adulte Stammzellforschung dagegen kann bereits erste therapeutische Erfolge vorweisen und sollte stärker unterstützt werden. Deshalb ist es ein grünes Anliegen die übersteigerten Hoffnungen auf den Boden der Realität zurückzuführen: Die Grundlagenforschung in diesem Bereich sollte darüber hinaus durch eine kritische wissenschaftliche und ethische Begleitforschung ergänzt werden. Theoretische und sogar aus der Sicht vieler Experten überzogene Heilserwartungen sollten von Forschern nicht für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Jeder Forscher sollte dem ethischen Prinzip folgen, eine Balance zu finden zwischen dem Verständnis für die natürlichen Hoffnungen der Forschungsteilnehmer und den realistischen Erwartungen an die Forschungsergebnisse.